

EUROPA-WAHL

# „... und keiner geht hin“

Korbinian Frenzel

**Nie war das Europäische Parlament mächtiger als heute. Doch wenn Europas Bürger am Wochenende an die Urne gerufen werden, droht ein neues Rekord-Minus bei der Wahlbeteiligung. Knapp zwei Drittel der 375 Millionen Wahlberechtigten könnten diesmal zu Hause bleiben - und den Einfluss des Parlamentes damit empfindlich schmälern.**

Großbritannien schreitet voran - seit jeher. Während fast alle Länder in Europa sonntags wählen, gehen die Briten traditionell donnerstags an die Urnen. Und so läutete die Insel auch diesmal den Reigen der Europa-Wahlgänge ein, die am Sonntag ihren Abschluss finden. Die europäische Tradition könnte diesmal aber ein schlechtes Omen sein. Denn dass die Wähler angesichts der Skandal-Welle um Pornofilme, Entenhäuser und anderen Spesen-Missbräuche vieler britischer Unterhaus-Abgeordneter massenhaft zu Hause bleiben und nicht abstimmen werden, gilt als ausgemacht. In Brüssel würde man dies nur zu gerne als hausgemachtes Problem der Briten abtun. Doch auch in vielen anderen Ländern herrscht Proteststimmung - oder aber Desinteresse. Wird die geringe Wahlbeteiligung das bestimmende Thema der Europawahl 2009 sein?

Schon lange sorgen sich europaweit die Beobachter vor allem um diese eine Zahl - die Wahlbeteiligung. Denn eine Wahlpflicht gibt es außer in Luxemburg nur noch in Belgien, Griechenland und Zypern. In allen anderen Ländern können die Bürgerinnen und Bürger schlicht zu Hause bleiben, wenn ihnen das politische Angebot nicht gefällt. Ein Recht, das sie offenbar stärker als jemals zuvor in Anspruch nehmen wollen. Die Wahlbeteiligung könnte diesmal auf nur etwas mehr als 30 Prozent zurückfallen, meldet das Euro-Barometer, die regelmäßige Befragung der EU-Statistik-Behörde Eurostat. Warum interessieren sich immer weniger Wähler für die Wahl des Parlamentes, das heute mehr Einfluss hat denn je?

Es ist das Paradoxon europäischer Politik: 1979, als das Europäische Parlament erstmals direkt durch das Volk gewählt wurde, gingen noch 62 Prozent der Wähler zur Urne. Doch die Abgeordneten, die damals nach Straßburg gesandt wurden, hatten de facto in der europäischen Politik nichts zu melden. Ganz auf Beratung beschränkt, und damit machtlos, stand die Volksvertretung den Regierungen der Mitgliedsstaaten und der Kommission in Brüssel gegenüber. Dieser Zustand hat sich seither Schritt für Schritt zugunsten des Parlamentes

verändert. Vor allem dank der Verträge von Maastricht und Amsterdam in den 90er Jahren haben sich die Gewichte verschoben, so dass aus dem Rund, das zunächst nur munter wirkungslose Resolutionen verabschiedete, ein mächtiger Mitgesetzgeber entstanden ist. Die Leidenschaft der Europäer für ihr Parlament hat diese Veränderung indessen nicht beflügelt. Im Gegenteil: seit 30 Jahren geht die Wahlbeteiligung kontinuierlich zurück. 2004 lag sie europaweit nur noch bei 45,5 Prozent.

Mit einer kostspieligen Millionen verschlingenden Kampagne hat das Europäische Parlament versucht gegenzusteuern. „It's your choice“ heißt es europaweit auf Plakaten und in Werbespots. Bei der Werbeagentur Scholz&Friends, die die Kampagne umgesetzt entworfen hat, gibt man sich bescheiden. „Gemessen an der durchschnittlichen Wahlbeteiligung in den USA kann sich Europa auch mit diesen Werten noch blicken lassen“, sagt deren Chef Lutz Meyer. Doch offenbar liegt hier anderes vor als die klassische Politik-Müdigkeit, wie sie auch in der politischen Realität der 27 Mitgliedstaaten Einzug gehalten hat.

Woher kommt die Skepsis gerade gegenüber einem Parlament, das sich nicht zu Unrecht rühmt gegen die Interessen von Wirtschafts-Lobbies und

Mitgliedsstaaten Verbraucherrechte durchgesetzt oder Umweltstandards erhöht zu haben?

**Die EU leidet an einer besonderen Form der Sklerose, die trotz aller neuen Machtfülle der gemeinsamen Institutionen zu einer immer größeren Distanz zwischen Brüssel und dem Rest des Kontinents führt.**

Während viele die Schuld hieran Brüssel und seinen undurchsichtigen Entscheidungsverfahren geben, werden immer mehr Stimmen laut, die sich kritisch zur Rolle der Mitgliedsstaaten äußern. Von „kleinkarierten Menschen“ in den nationalen politischen Eliten spricht die französische Politologin Sylvie Goulard, wenn sie an die verantwortlichen Politiker vor allem in Paris und Berlin denkt. Eine europapolitische Vision gebe es dort schon lange nicht mehr. Schlimmer noch: „Den eigenen Bevölkerungen wird in erster Linie Negatives über die EU vermittelt.“ Wenn die politischen

FOTO: LIBERTAS UK



Mit großem propagandistischem Aufwand wettet die Libertas-Bewegung gegen die EU. Hier am Marble Arch in London.

Eliten schon keine Begeisterung für das europäische Projekt mehr aufbrächten, könne sie in den Bevölkerungen wohl erst recht nicht gedeihen. Liegt hier aber nur ein „Versagen der nationalen Eliten“ vor, wie Goulard glaubt? Oder ist es nicht vielmehr Kalkül, dem immer mächtiger werdenden EU-Parlament eine Skepsis der Bürgerinnen und Bürger entgegenzustellen?

Ein Europäisches Parlament, das weniger als die Hälfte der Menschen in der EU hinter sich weiß, könnte gerade in der Auseinandersetzung mit den nationalen Regierungen in der Tat an Legitimität und damit an Gewicht verlieren. Schon heute muss der Ministerrat bei 75 Prozent der EU-Gesetzgebung das Parlament als gleichberechtigten Mitgesetzgeber hinnehmen. Mit dem EU-Reformvertrag würde sich die Macht der Volkskammer (90 Prozent Mitentscheidungsrecht) weiter ausweiten. Gerade bei Abstimmungen mit knappen Mehrheiten wäre die Position des Parlaments in Kompromissverhandlungen geschwächt. Der grüne Europa-Abgeordnete Johannes Voggenhuber spricht angesichts dieses Szenarios aus, was viele denken: „Die Regierungen, die Staatskanzleien, die nationalen Eliten sehen im Europäischen Parlament zu Recht den einzigen Gegenspieler des Rates, der Macht der Regierungen über Euro-

pa. Und da wird es schon mit einer klammheimlichen Freude beobachtet, wenn dieses Europäische Parlament in seiner Legitimation geschwächt bleibt.“

Wenn zunehmend die nationale Karte gespielt wird, leidet Europa. Vor wenigen Tagen hat sich auch der ehemalige deutsche Außenminister Joschka Fischer zu Wort gemeldet und sein Land vor einer „Europapolitik à la française“ gewarnt. Die kurzfristige Verfolgung nationaler Interessen dürfe nicht dazu führen, dass das Gesamtinteresse der EU aus dem Blick gerät. Auch Sylvie Goulard, die die Vorsitzende der europäischen Bewegung in Frankreich ist und bei dieser Europawahl erstmals für die Bayrou-Partei „MoDem“ antritt, blickt mit Wehmut auf die besseren Tage der europäischen Integration zurück, als vor allem das deutsch-französische Tandem als Integrationsmotor noch funktionierte. Francois Mitterrand und Helmut Kohl seien bereit gewesen, nationale Souveränität zugunsten der EU aufzugeben. Doch seitdem dient Brüssel – nicht nur in den beiden großen Mitgliedstaaten – nur noch als Blitzableiter für unpopuläre Entscheidungen.

Mit Tschechien und Polen haben zwei neue Mitglieder gezeigt, dass die Europa-Skepsis bis in die Regierungen vorgedrungen ist. Doch anders als im

„alten Europa“ spiegelt diese Haltung nicht die Einstellung der Bevölkerung. Ganz im Gegenteil erfreut sich die EU unter den Menschen in den mittel- und osteuropäischen Staaten großer Beliebtheit. Die Vorzüge der Reise- und Arbeitsfreiheit in der EU, aber auch die Unterstützung durch die Sozial- und Strukturfonds haben ihren Anteil daran. Einen Rückschluss auf die zu erwartende Wahlbeteiligung am Wochenende lässt das allerdings nicht zu. Schon 2004, bei der Wahl kurz nach der EU-Osterweiterung, blieb die Euphorie an der Wahlurne aus. Die neuen Mitgliedstaaten bildeten damals das Schlusslicht bei der Wahlbeteiligung. Einen neuen Minus-Rekord erbrachte die nachgeholte Europawahl mit jeweils 29 Prozent in Bulgarien und Rumänien nach dem Beitritt der beiden Länder im Jahr 2007.

Die, die es eigentlich am meisten schrecken müsste, zeigen sich beim Thema geringe Wahlbeteiligung zurückhaltend: die Parteien. Besser gar nicht wählen als das Falsche, heißt es quer durch die Reihen der etablierten Kräfte. Traditionell schlagen sich neue Bewegungen oder Protestparteien bei den Europawahlen besser als auf nationalem Parkett. Mit Spannung wird etwa das Abschneiden der Libertas-Bewegung erwartet, deren Gründung

auf den Millionär, EU-Gegner und Kampagnenführer gegen den EU-Reformvertrag in Irland, Declan Galle, zurückgeht. Nicht nur in Irland, sondern auch in Tschechien und 10 weiteren Mitgliedsstaaten tritt diese EU-feindliche Formation an. Wie man mit einem Anti-EU-Wahlkampf Stimmen fangen kann, hat bereits vor fünf Jahren die United Kingdom Independent Party (UKIP) in Großbritannien gezeigt. 2004 erhielt sie 16 Prozent und damit 12 Sitze in Europas Parlament. Bei dieser Wahl dürfte für die etablierten Parteien, die allesamt mehr oder weniger in den Strudel des Spesenskandals geraten sind, Nicht-Wählen in der Tat das geringere Übel sein. Nach jüngsten Umfragen könnte die UKIP auf der Insel diesmal noch vor Labour zweitstärkste politische Kraft werden.

Korbinian Frenzel arbeitet als Journalist für das Deutschlandradio.